

Herrn Oberbürgermeister  
Bernd Tischler, den Ratsfraktionen  
von SPD, CDU, ÖDP, F.D.P., Die  
Grünen, DKP und Ratsherr U.Arndt  
zur Kenntnis

02.04.2010

Antrag der Ratsgruppe DIE LINKE. Bottrop an den Rat der Stadt Bottrop.

Keine Castor-Atommülltransporte durch Bottrop

### **Begründung**

Diversen Presseberichten der letzten Wochen ist zu entnehmen, dass die Bezirksregierung Münster Mitte November für einen Zeitraum von zehn Jahren die Einlagerung von schwach- und mittelradioaktivem Atommüll im Zwischenlager Ahaus genehmigt hat. Diese sollen ab "Anfang 2010" über einen Zeitraum von zehn Jahren im Schnitt bis zu zweimal pro Woche rollen. Nach Medienberichten kommen als Absender u. a. die Atommüll- Konditionierungsanlage der GNS (Gesellschaft für Nuklear-Service) sowie das Forschungszentrum Jülich in Frage, wo die GNS eine Landessammelstelle für das Land Niedersachsen unterhält.

Das Forschungszentrum Jülich hat zudem beim Bundesamt für Strahlenschutz beantragt, bis 2013 insgesamt 152 Castor-Behälter mit rund 300 000 hochradioaktiven Brennelementkugeln nach Ahaus zu transportieren. Im Gespräch sind sowohl Bahn- wie Straßentransporte. Die Verkehrswege Richtung Ahaus - sowohl Schiene wie Straße - legen es nahe, dass alle diese Atommülltransporte über Bottroper Stadtgebiet rollen werden. Dadurch würde sich für die Bottroper Bevölkerung eine große Gefährdung ergeben, sollte es z. B. auf der Autobahn A2/3 oder auf der Bahnlinie Duisburg-Oberhausen-Bottrop zu Unfällen mit dem radioaktiven Atommüll kommen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

### **Beschlussvorschlag**

1. Ist der Stadtverwaltung, dem Bürgermeister bekannt, ob Atomtransporte durch das Stadtgebiet von Bottrop ins Zwischenlager Ahaus rollen sollen? Wenn ja, per Bahn oder per LKW und auch welcher Route?

Wenn nein, wird die Stadtverwaltung beauftragt, sich bei der Landesregierung, dem Bundesamt für Strahlenschutz und den Polizei-/Bundespolizeibehörden nach möglichen Transporten über das Stadtgebiet zu erkundigen (wann, wie viele, welche Art von Atommüll, welche Strecken, welcher Zeitraum)?

2. Wie sind die Stadtverwaltung und die Feuerwehr auf mögliche Unfälle von Atommülltransporten im Stadtgebiet vorbereitet?

Wo befinden sich ggf. entsprechende Katastrophenschutzeinrichtungen?

3. Welche Folgen könnte der Unfall eines Atommülltransportes bei Freisetzung von Radioaktivität für die Bevölkerung der Stadt haben? Welche Gegenmaßnahmen könnten wie schnell ergriffen werden?

4. Wird die Öffentlichkeit über die anstehenden Atommülltransporte von der Stadtverwaltung informiert werden? Wenn nein, wird die Stadtverwaltung beauftragt, genau dies zu tun.

5. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich in Schreiben an die Landesregierung gegen die Durchführung von Atommülltransporten nach Ahaus auszusprechen - generell und zumindest gegen die, die über das Stadtgebiet führen könnten.

6. Der Rat der Stadt Bottrop beauftragt die Verwaltung, spätestens bis Mitte Mai 2010 einen öffentlichen Bericht über die ergriffenen bzw. geplanten Maßnahmen zur Umsetzung dieses Ratsbeschlusses vorzulegen.

Für die Ratsgruppe

Christoph Ferdinand  
Sprecher der Ratsgruppe